
9711/AB XXIV. GP

Eingelangt am 13.01.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0309-III/4a/2011

Wien, 13. Jänner 2012

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 9935/J-NR/2011 betreffend die weiterführende Ausbildung junger Frauen mit Migrationshintergrund, die die Abg. Carmen Gartelgruber, Kolleginnen und Kollegen am 18. November 2011 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 6:

In der auf Grundlage des Bildungsdokumentationsgesetzes durchgeführten Bildungsdokumentation ist das Religionsbekenntnis der Schülerinnen und Schüler kein zentrales Erhebungsmerkmal, sodass in Übereinstimmung mit dem gesetzlichen Auftrag keine Statistiken existieren, die das Religionsbekenntnis abbilden.

Zu Fragen 7 bis 11:

Die steigende Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an österreichischen Schulen ist ein Faktum und erfordert entsprechende Maßnahmen. Infolge dieser Gegebenheiten hat sich das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur in den letzten Jahren in seinem Verantwortungsbereich unter anderem unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming verstärkt mit dieser Thematik auseinandergesetzt und mittels Befragungen und Analysen versucht, die Situation von migrantischen Schülerinnen und Schülern, deren Eltern und Lehrkräften zu erheben. Insbesondere eine Sekundäranalyse (demographische

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entwicklung, schulstatistische Daten und internationale Schülerleistungsvergleichsstudien) sowie eine Literaturrecherche der Donau-Universität Krems fokussiert auf geschlechts- und herkunftsspezifische Dimensionen im Schulwesen (http://www.bmukk.gv.at/schulen/sb/schule_migration_gender.xml).

Auf Basis vorliegender Informationen fanden sowohl im Unterrichtsressort selbst als auch an den Landesschulräten Gespräche und Workshops statt, um Entscheidungsträgerinnen und -träger zu sensibilisieren und um weitere mögliche Maßnahmen zu entwickeln. Im Oktober 2011 wurde vom Verein „Frauen ohne Grenzen“ mit Unterstützung des Unterrichtsressorts eine Veranstaltung („Die offene Gesellschaft und unsere Angst vor ihr. Brückenbau durch Bildung, Geschlechtergerechtigkeit und Dialog“) für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durchgeführt, bei der ebenfalls geschlechtsspezifische Bildungsfragen diskutiert wurden (http://gender.schule.at/index.php?TITEL=&sel_monat=&bkz=&kthid=12039&start=1).

Damit soll ein Umdenk- und Reflexionsprozess eingeleitet werden, um die Voraussetzung für ein verändertes Verhalten auf verschiedenen Ebenen zu schaffen.

Darüber hinaus werden auch seit Jahren Beratungsstellen finanziell unterstützt (Verein Orient Express in Wien; Verein Kalaydoskop in Salzburg), die Workshops an Schulen zur Prävention von Zwangsverheiratungen durchführen und damit auch die weiteren Lebensperspektiven von Mädchen zur Sprache bringen.

Zudem werden im Bereich Erwachsenenbildung Förderprogramme im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) und auf nationaler Basis realisiert, die insbesondere benachteiligten Personen einen chancengerechten Zugang unter anderem zu weiterführenden Bildungsmaßnahmen ermöglichen. Auf die besonderen Problemlagen der unterschiedlichen Zielgruppen, vor allem auch der Migrantinnen und Migranten, wird eingegangen; Es ist ein besonderes Anliegen, Probleme anzusprechen, als genauso wichtig wird aber erachtet, dass Stereotypisierungen vermieden werden.

Die Bundesministerin:

Dr. Claudia Schmied eh.